

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 06.10.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:28 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Melanie Ranft	Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Josephine Jahn	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Marcel Kieslich	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 17:25 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
Ralf-Jürgen Kneissl	Sachkundiger Einwohner
Stefan Malkoc	Sachkundiger Einwohner
Bertolt Marquardt	Sachkundiger Einwohner
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner
Annika Seidel-Jähmig	Sachkundige Einwohnerin
Thomas Senger	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Tobias Kogge	Beigeordneter Bildung und Soziales
Katharina Brederlow	Fachbereichsleiterin FB Bildung
Dr. Christine Radig	FB Bildung, Abteilungsleiterin Abt. Schule und Service
Uwe Weiske	Sozialplaner
Jürgen Zschocke	Schulnetzplaner
Petra Quilitzsch	FB Bildung, Abteilungsleiterin Abt. Finanzen
Martin Heinz	Fachbereichsleiter FB Immobilien
Katrin Flint	stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Torsten Klieme	Direktor des Landesschulamtes Sachsen-Anhalt
----------------	--

Entschuldigt fehlten:

Herr Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
---------------------	------------------------

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung wurde von **Frau Melanie Ranft** eröffnet und geleitet. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ranft schlug vor, einzelne Tagesordnungspunkte in anderer Reihenfolge zu behandeln:

TOP 4.1 im Zusammenhang mit TOP 7.2 und TOP 7.3, anschließend TOP 6.1, TOP 7.1 und TOP 5.1.

Frau Dr. Wünscher stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes

- 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01200

aufgrund der zu spät zugegangenen Unterlagen an die Stadträte und insbesondere an die sachkundigen Einwohner. Sie empfahl eine Einführung der Haushaltsplanung durch die Verwaltung unter Mitteilungen.

Herr Häder sprach sich für eine Behandlung des Tagesordnungspunktes 5.1 aus.

Weitere Wortmeldung gab es nicht.

Frau Ranft bat um Abstimmung des GO-Antrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht, so dass **Frau Ranft** um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 01.09.2015
4. Diskussionsbeiträge
- 4.1. Auswertung der Aufnahme von SchülerInnen in weiterführende Schulen, Schuljahr 2015/16

- 7.2. Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Schulanfangsstatistik für Grund- und Förderschulen
Vorlage: VI/2015/01220
- 7.3. Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Durchlässigkeit der Schulformen an Schulen in der Stadt Halle
Vorlage: VI/2015/01221
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Stadträte Hendrik Lange, Melanie Ranft, Kay Senius, Denis Häder, Andreas Schachtschneider zur Verabschiedung einer Resolution
Vorlage: VI/2015/01219
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Zustand der Grundschule Diemitz/Freimfelde
Vorlage: VI/2015/01222
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01200 **vertagt**
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.09.2015

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 01.09.2015, so dass Frau Ranft um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Diskussionsbeiträge

zu 4.1 **Auswertung der Aufnahme von SchülerInnen in weiterführende Schulen, Schuljahr 2015/16**

zu 7.2 **Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Schulanfangsstatistik für Grund- und Förderschulen**
Vorlage: VI/2015/01220

zu 7.3 **Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Durchlässigkeit der Schulformen an Schulen in der Stadt Halle**
Vorlage: VI/2015/01221

Frau Ranft bedauerte, dass Herr Klieme der Sitzung noch nicht beiwohne. Sie führte in die Thematik ein. Da Herr Klieme noch nicht anwesend war, gab es keine Wortmeldungen zur Thematik.

Die beiden Beantwortungen der Verwaltung zu den Anfragen der Stadträtin Frau Melanie Ranft unter TOP 7.2 und TOP 7.3 wurden zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Herr Klieme kam erst zu einem späteren Zeitpunkt in den Ausschuss. Der Tagesordnungspunkt 6.1 wurde vorgezogen. Mit Anwesenheit von Herrn Klieme wurde erneut der TOP 4.1 behandelt.

Herr Klieme, Direktor des Landesschulamtes Sachsen-Anhalt, ging anhand einer Präsentation näher auf die Thematik Unterrichtsversorgung an halleischen Schulen und Beschulung von Kindern mit Migrationshintergrund / Flüchtlingskinder ein.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session eingestellt.

Herr Klieme fasste zusammen, dass in Halle (Saale) eine durchschnittliche Unterrichtsversorgung zwischen 98 % - 102 % vorhanden ist. Grundschulen und Gymnasien liegen knapp über dem Landesdurchschnitt. Seines Erachtens ist es kein Idealzustand, jedoch auch kein katastrophaler. Allein in Halle (Saale) gab es 71 Neueinstellungen an LehrerInnen. Darunter 49 Festeinstellungen und 22 befristete für den Sprachunterricht. Bis Jahresende sollen es insgesamt 100 sein. Dies sei eine beachtliche Zahl.

Zur Beschulung von Kindern mit Migrationshintergrund / Flüchtlingskinder sagte **Herr Klieme**, dass in Halle (Saale) 22 zusätzliche LehrerInnen für den Sprachunterricht eingestellt wurden. Insgesamt sind 650 SchülerInnen mit Förderbedarf der deutschen Sprache, mehr als bisher geplant, zu unterrichten.

Er sagte abschließend, dass die Situation schwierig ist und Schulträger sowie Land vor einer großen Herausforderung stehen. Eine gegenseitige Unterstützung ist sehr wichtig.

Frau Ranft bat um Nachfragen. Sie empfahl alle Fragen zu bündeln und Herrn Klieme im Anschluss antworten zu lassen.

Herr Lange fragte, wie viel Prozent der Lehrer vollzeitbeschäftigt sind; wie viele freie Stellen in Halle (Saale) im Jahr 2015 nicht besetzt werden konnten, nach dem Art/Umfang

bedarfsmindernder Maßnahmen und ob ein Nachsteuern aufgrund der steigenden Zahl an Kindern mit Migrationshintergrund / Flüchtlingskinder möglich ist.

Herr Marquardt fragte nach einer Erklärung der widersprüchlichen Zahlen seitens der Landesregierung und des Landesschulamtes.

Herr Schiedung fragte, ob die Rücknahme von Abordnungen an einzelne Schulen eine Verbesserung der Lehrersituation gebracht hat und ob es eine einheitliche Vertretungsregelung gibt oder jede Schule das eigenständig entscheidet.

Herr Häder fragte, ab wann von einer Langzeiterkrankung gesprochen wird.

Herr Senger sagte, dass er den Zahlen von Herrn Klieme nicht traue. Er bat um Darstellung der Einstellungen und der tatsächlichen Austritte.

Herr Bartl fragte auch, ob die Lehrer, die aufgrund von Renteneintritt etc. ausgeschieden sind, aus der Statistik rausgerechnet sind.

Herr Schachtschneider betonte, dass er auf die Zahlen von Herrn Klieme vertraut. Er bat um Angabe der entsprechenden Zahlen für die Berufsbildenden Schulen.

Herr Klieme nahm zu den einzelnen Fragen Stellung.

Alle eingestellten Lehrer sind als Vollzeitbeschäftigte eingestellt. In Halle (Saale) konnten 8 von 80 Stellen nicht besetzt werden. Als Grund nannte er spezielle Fächerkombinationen. Einen Begriff „bedarfsmindernde Maßnahmen“ verwenden das Kultusministerium und das Landesschulamtes nicht. Es gab eine Änderung bei den Stundentafeln, die Schulen Möglichkeiten in der Unterrichtsorganisation eröffnen. Ein Nachsteuern aufgrund der steigenden Zahl an Flüchtlingskindern ist auch unterjährig möglich. Der Finanztopf ist noch nicht ausgeschöpft.

Bezüglich der Unterschiede in den Zahlen verwies **Herr Klieme** auf die linke und rechte Spalte in der Präsentation. Als Finanzminister arbeitet Herr Bullerjahn mit den Zahlen der rechten Spalte, da diese Stellen den Landeshaushalt belasten. Das Personalentwicklungskonzept des Landes sah 200 Neueinstellungen von Lehrern vor, aktuell seien es real 600.

Auf die Frage nach den Abordnungen erklärte er, dass sich diese nicht auf eine Verbesserung der Lehrersituation ausgewirkt haben. 25 Abordnungen seien beendet worden. Dafür war der Umfang zu klein. Die Gesamtzahl der Abordnungen in Sachsen-Anhalt beträgt ca. 180. Eine einheitliche Vertretungsregelung gibt es in den Schulen. Es gibt eine Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte, in der steht, dass Lehrkräfte bis zu vier Stunden in der Woche ohne zusätzliche Vergütung zu Mehrarbeit herangezogen werden können. Zum anderen gibt es den sog. Flexi-Erlass, in welchem geregelt ist, dass SchulleiterInnen LehrerInnen darüber hinaus zu Mehrstunden einsetzen können. Diese Mehrstunden kommen auf ein Mehrstundenkonto und müssen zu einem späteren Zeitpunkt als Freizeit abgebummelt werden. Dies kann schulspezifisch nach der Belastungssituation eingesetzt werden und erklärt Unterschiede in der Praxis.

Herr Klieme sagte, dass von einer Langzeiterkrankung gesprochen wird, wenn eine Person über 6 Wochen erkrankt ist.

In Bezug auf die Darstellung der Einstellungen und der Austritte erklärte er, dass in Halle (Saale) 100 Personen in den Renteneintritt / Freizeitphase übergegangen sind. Im Gegenzug wurden bislang 71 Neueinstellungen vollzogen. Bis Jahresende sollen noch 28 folgen. Ende Oktober werden erneut Stellen ausgeschrieben.

Herr Klieme sicherte zu, eine Statistik zu Berufsbildenden Schulen nachzuliefern. Sinnvoll sei dies erst nach Abschluss der Klassenbildung im Oktober.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Ranft bedankte sich für die Ausführungen bei Herrn Klieme.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.1 **Antrag der Stadträte Hendrik Lange, Melanie Ranft, Kay Senius, Denis Häder, Andreas Schachtschneider zur Verabschiedung einer Resolution Vorlage: VI/2015/01219**

Anmerkung: Die Behandlung des Tagesordnungspunktes 7.1 wurde vorgezogen, da Herr Klieme, welcher zum TOP 4.1 eingeladen wurde, noch nicht anwesend war.

Herr Schachtschneider sagte, dass sich der Antrag nach den Ausführungen von Herrn Klieme erledigt hätte.

Herr Marquardt und **Herr Lange** erklärten im Gegenzug, dass die Resolution verabschiedet werden sollte. Die dargestellten Zahlen des Landesschulamtes seien hinnehmbar. Die Zahlen, auf die sich die Landesregierung indes beziehen sind nicht hinnehmbar. Die Landesregierung wird aber an ihren Zahlen festhalten, was Auswirkungen auf die folgenden Entwicklungen beim Abbau von Lehrerstellen haben wird. Aus diesem Grund sollte die Resolution verabschiedet werden.

Herr Schachtschneider stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung.

Frau Ranft bat um Abstimmung dessen.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag auf Erledigung: mehrheitlich abgelehnt

Herr Häder merkte an, dass nach den Ausführungen von Herrn Klieme das Wort „dramatisch“ aus der Überschrift der Resolution gestrichen werden könnte.

Herr Schachtschneider sagte, dass er nicht mehr als Antragsteller auftrete.

Frau Dr. Bergner empfahl die Streichung des letzten Absatzes. Damit erklärte sich **Herr Lange** einverstanden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Frau Ranft** um Abstimmung des so geänderten Antrags durch die Sachkundigen Einwohner bat.

Abstimmungsergebnis: einheitlich zugestimmt

Frau Ranft bat dann um Abstimmung des so geänderten Antrags durch die Stadträte.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Bildungsausschuss schlägt dem Stadtrat vor, folgende Resolution zu verabschieden:

Resolution des Stadtrates zur ~~dramatischen~~ Entwicklung der Unterrichtsversorgung in der Stadt Halle (Saale)

Der Stadtrat nimmt mit großer Sorge die Beschwerden von Eltern und SchülerInnen über den Unterrichtsausfall an ihren Schulen zur Kenntnis. Fehlende FachlehrerInnen, zu wenige Lehrerstellen und unbesetzte Stellen gefährden den Schulunterricht in hoher Qualität. Zudem reduzieren sogenannte bedarfsmindernde Maßnahmen das Niveau der schulischen Ausbildung.

Durch das Ausscheiden einer großen Anzahl von LehrerInnen in den nächsten Jahren wird sich dieser Trend unweigerlich verschärfen.

Gerade in einer Stadt wie Halle (Saale), in der über 30% der Kinder von Transferleistungen leben, ist eine ausgezeichnete Schulbildung notwendig, damit allen Kindern die bestmöglichen Chancen für ihre Entwicklung eröffnet werden. Zudem stellen sich unsere Schulen den Herausforderungen von Inklusion und Integration von MigrantInnen. Der Stadtrat unterstützt das ausdrücklich!

Allerdings ist seitens des Landes eine adäquate Unterrichtsversorgung mit dem entsprechend qualifizierten Lehrpersonal nötig!

~~Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass auf die Initiativen des Bildungsausschusses seitens der Landesregierung lediglich mit schöngerechneten Statistiken reagiert wurde und Gesprächsangebote ausgeschlagen wurden.~~

Der Stadtrat fordert daher die Landesregierung mit dieser Resolution auf:

1. Die Unterrichtsversorgung an allen Schulen so sicherzustellen, dass der Unterricht vollumfänglich stattfinden kann.
2. Die zusätzlichen Lehrpersonalbedarfe für Inklusion und Integration von MigrantInnen zu decken.
3. Jede freiwerdende LehrerInnenstelle unverzüglich wiederzubesetzen.
4. Die Kapazitäten in der LehrerInnenausbildung so auszuweiten, dass zukünftige Bedarfe gedeckt werden können und SeiteneinsteigerInnen den Weg in den LehrerInnenberuf zu ermöglichen.
5. Die bedarfsgerechte Schulsozialarbeit in Absprache mit der Kommune zu ermöglichen.

Eine gute Schulbildung ist eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen. Sie ist eine wesentliche Grundlage für eine gedeihliche zukunftsfähige Entwicklung unserer Stadt, der Region, des Landes! Um dies sicherzustellen, muss die Landesregierung JETZT handeln!

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Zustand der Grundschule Diemitz/Freiimfelde Vorlage: VI/2015/01222

Frau Ranft begrüße **Frau Brück-Ladwig**, Schulleiterin der Grundschule Diemitz/Freiimfelde, sowie die Elternratsvorsitzende **Frau Becker** und bat die Ausschussmitglieder um Erteilung des Rederechts. Dieses wurde erteilt.

Herr Senius brachte die Anfrage mündlich ein. Im Weiteren sprach Frau Becker als Elternratsvorsitzende vor dem Bildungsausschuss.

Frau Becker erklärte, dass die Grundschule Diemitz/Freiimfelde derzeit wegen Brandschutzsanierungen ausgelagert ist. Sie fragte, warum während dieser Zeit nicht weitere Baumaßnahmen, welche notwendig wären, stattfinden könnten. Sie bezog sich im Wesentlichen auf vier Eckpunkte:

- Modernisierung der Fenster (Doppelverglasung, Sonnenschutz)
- Modernisierung des Speiseraums (Essensausgabe)
- Verlegung einer IT-Verkabelung in die Wände einzelner Klassenräume
- Erneuerung des Schulhofes, welcher in einem katastrophalen Zustand ist
- Turnhalle (Schimmelbeseitigung, kein vorhandener Prallschutz)

Herr Kogge nahm im Weiteren Stellung. Er erklärte, dass die Verwaltung bislang wie auch künftig, bemüht ist, Gelder für die Sanierung der Schulen in den Haushaltsplan einzustellen. Leider können nicht immer alle Schulen berücksichtigt werden. Im Zuge der Brandschutzsanierung kann in vielen Schulen eine Verbesserung herbeigeführt werden. Weitere Sanierungsmaßnahmen sind über den Haushaltsplan leider nicht realisierbar. Eine Kopplung von Brandschutzsanierungen und weiteren nötigen Baumaßnahmen wäre sehr wünschenswert, ist aber aufgrund der Haushaltslage nicht möglich.

Herr Schachtschneider sagte, dass es finanziell möglich sein müsste, Kabel in bereits offene Wände mit zu verbauen und auch die Fenster zu modernisieren. Er fragte, ob der Zeitplan der Baumaßnahmen realistisch ist.

Herr Senius stimmte dem zu. Er bat die Verwaltung, auf die Fragen 1-6 noch schriftlich zu antworten. Er erklärte des Weiteren, dass bereits mit Beschlussfassung April eine Priorisierung der ausstehenden Investitionen unabhängig von STARK III abgefordert wurde, welche bislang noch aussteht.

Zur ausstehenden Prioritätenliste verwies **Frau Brederlow** auf die Brandschutzsanierungsliste, welche prioritär höher anzusehen ist.

Herr Senius sagte, dass es wichtig ist darzustellen, was unabhängig von Fördermitteln an halleschen Schulen zu tun ist. Er betonte, dass man das Gesamtproblem erkennen und aufnehmen muss.

Herr Häder erklärte, dass es Unterschiede gibt zwischen einer Priorisierung und einer entsprechenden Umsetzung. Dies sei Angelegenheit des Fachbereichs Immobilienmanagement.

Frau Ranft bat **Herrn Heinz** um Stellungnahme.

Herr Heinz sagte deutlich, dass die Stadträte ein Informationsrecht haben. Momentan habe man einen Stau von 200 Millionen Euro allein im Schulbereich, diese Liste werde derzeit aktualisiert. Er sicherte eine entsprechende Prioritätenliste zu. In Bezug auf die angesprochene, gewünschte Modernisierung der Fenster und Verlegung der Kabel in der Grundschule Diemitz/Freimfelde sagte er, dass man mit mindestens 300 - 400 T € Eigenkapital rechnen muss. Er sicherte eine Prüfung beider Angelegenheiten zu.

Frau Brederlow ergänzte, dass der Beschluss im Stadtrat Mai sich auf einen Alternativvorschlag zur Umsetzung der Projekte aus der Schulentwicklungsplanung bezog, falls deren Sanierung nicht STARK III förderfähig sind. Ein Beschluss zur Vorlage einer Gesamtprioritätenliste sei dies nicht.

Es gab keine weitere Wortmeldung.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014** **Vorlage: VI/2015/01200**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit dem Haushaltsplan 2016.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2014 zur Kenntnis.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Mitteilung zum Neuen Gymnasium**

Frau Ranft teilte mit, dass sich das Neue städtische Gymnasium vorerst keinen Namen geben möchte und man gebeten habe, der Schule dafür die nötige Zeit einzuräumen.

zu 8.2 **Mitteilung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016**

Frau Quilitzsch informierte anhand einer Präsentation zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Im Anschluss regte **Herr Lange** an, dass die Ausschussmitglieder ihre Fragen zum Haushalt 2016 gebündelt an den Geschäftsbereich IV weitergeben, sodass zur nächsten Sitzung und Beratung dazu Stellung genommen werden kann.

Herr Kogge bat um frühzeitige Zusendung der Fragen. Die Darstellung der Ansätze für Schulen auf Leistungsebene werden zum nächsten Ausschuss zur Verfügung gestellt. Fragen zum Stellenplan sollten im Ausschuss für Personalangelegenheiten gestellt werden. Zu gebäudebezogenen Fragen werde der FB Immobilien antworten.

zu 8.3 Mitteilung zur Schulmesse

Herr Senger informierte, dass die Schulmesse knapp 5000 Besucher zu verzeichnen hatte.

zu 8.4 Mitteilung zur Beantwortung der Verwaltung zur Anfrage Reinigungsleistung an haleschen Schulen, BA 01.09.15

Frau Ranft nahm Bezug auf die Sitzung des Bildungsausschusses vom 01.09.2015 und der Anfrage von Herrn Kneissl zur Reinigungsleistung an einigen Schulen. In der Beantwortung der Verwaltung sprach man von einer gezeigten Präsentation. Diese wurde jedoch im Bildungsausschuss nicht vorgestellt.

Herr Heinz sagte zu, die Präsentation im Späteren vorzuzeigen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Anfrage Herr Senger zu ausstehenden Beantwortungen

Herr Senger bat darum, dass seine Anfragen aus der März-Sitzung noch beantwortet werden.

Frau Dr. Radig erklärte, dass sich währenddessen Situationen / Gegebenheiten geändert haben, sodass die Beantwortung noch nicht erfolgen konnte. Für den nächsten Bildungsausschuss sei dies ihr festes Ziel.

zu 9.2 Anfrage Herr Senger zu Sturmschäden bei der GS Hans-Christian-Andersen

Bezugnehmend auf die Sturmschäden an der Grundschule Hans-Christian-Andersen, zeigte **Herr Senger** Bilder, auf denen zu erkennen war, dass die umgekippten Zäune nur gerade gerichtet wurden, ein wenig angepinselt und lediglich eine Stange neu dazu gebaut wurde. Er kritisierte, dass zur Behebung dieses Schadens ein Kostenbeitrag von 700 € nötig war. Mit dem Ergebnis kann man nicht zufrieden sein. Die Instandsetzung der Zäune spiegeln die

Summe von 700 € nicht wieder. Er bat um Prüfung, ob die Leistung tatsächlich den Kosten entspricht.

Herr Kogge sagte eine Beantwortung zu.

zu 9.3 **Anfrage Herr Scherer zu Kitaplätzen**

Herr Scherer bezog sich auf seine Anregung aus einer der letzten Bildungsausschusssitzungen. Er hatte angeregt, dass die Eltern, die bei einem städtischen Kitaträger nach einem Kitaplatz anfragen, über Anlaufstellen informiert werden.

Herr Kogge sagte eine Beantwortung zu.

zu 9.4 **Anfrage Herr Senius zur Schulpflicht von Flüchtlingskindern**

Herr Senius nahm Bezug auf eine der letzten Bildungsausschusssitzungen, in welcher es um die Umsetzung eine Richtlinie des Kultusministeriums ging, die darauf abzielt, Familien mit Migrationshintergrund und Flüchtlingsfamilien anzuhalten, dass ihre Kinder die Schulpflicht wahrnehmen. Die Verwaltung habe damals erklärt, dies bis September in einem Verwaltungsprozess umgesetzt zu haben. Er fragte nach dem Sachstand.

Frau Brederlow erklärte, dass man sich derzeit noch mit dem Landesschulamt in der Verfahrensklä rung befindet.

zu 9.5 **Anfrage Herr Senius zur Schulpflicht von Kindern mit Migrationshintergrund / Flüchtlingskinder**

Herr Senius sagte, dass in anderen Städten und Landkreisen die schulpflichtigen Kinder aus Flüchtlingsfamilien zentral erfasst werden. In Halle (Saale) werden diese zum Landesschulamt verwiesen. Er fragte nach Gründen, warum Halle (Saale) abweichend verfährt.

Frau Brederlow verwies auf Absprachen mit dem Landesschulamt. Es ist tatsächlich so, dass Halle (Saale) das anders regelt. Aber auch hier wird es andere Verfahrensabläufe geben.

zu 9.6 **Anfrage Herr Senius zum Sachstand BBS III**

Herr Senius fragte nach dem Sachstand bei der Berufsbildenden Schule III.

Herr Kogge sagte, dass dies im Rahmen der Schulentwicklungsplanung Thema sein wird. Man habe das Ergebnis des entsprechenden Arbeitskreises aber aufgenommen und es wird

keine Schließung der BBS III im Jahr 2016 geben. Alle Bildungsgänge sollen zudem in den städtischen Berufsschulen verbleiben. Die Beschlussvorlage wird baldmöglichst vorgelegt.

zu 9.7 Anfrage Herr Kieslich zur Bundeswehr

Herr Kieslich nahm Bezug auf seine Stadtratsanfrage im Mai zur Präsenz der Bundeswehr an Schulen. Er hatte damals gefragt, in welchen Schulen diese vertreten sind. Er wollte an dieser Stelle nachfragen, ab welcher Schulform angefragt wurde.

Frau Dr. Radig erklärte, das bei jeder Schulform angefragt wurde und auch von allen eine Antwort erfolgte.

zu 9.8 Anfrage Herr Lange zur alten IGS

Herr Lange fragte zur alten IGS an, welche mit Landesmitteln saniert wurde. Seiner Information nach sei das Schulkonzept aufgrund der räumlichen Enge nicht umsetzbar. Daraus sollen Rückzahlungen der Fördermittel des Landes in Höhe von 4 Millionen € drohen. Er fragte, ob dies durch die Verwaltung bestätigt werden kann.

Herr Kogge sagte, dass ihm schriftlich nichts vorliege.

zu 9.9 Anfrage Herr Lange zu Turnhallenzeiten

Herr Lange bezog sich auf Turnhallenzeiten. Er fragte, inwieweit in der Planung der Vergabe auch die freien Schulen mit einbezogen werden können. Aktuell habe er von der Montessori Schule erfahren, dass dies sehr schwierig ist.

Herr Kogge sagte, dass die Freien Schulen insofern mit einbezogen werden, dass ihnen mitgeteilt wird, sobald es freie Zeiten gibt. Ansonsten liegt es in der Eigenverantwortung der freien Schulen selbst, nachzufragen, ob Turnhallen zur Verfügung stehen, sie sind für den Sportunterricht selbst als Schulträger verantwortlich.

Frau Dr. Radig ergänzte, dass die Montessori Schule in der Turnhallenvergabe immer mit einbezogen wird, da diese keine eigene Turnhalle besitzt.

zu 9.10 Anfrage Herr Lange zur neuen IGS

Herr Lange fragte zur neuen IGS an. Hier wurden neue Einrichtungsgegenstände bestellt. Er möchte wissen, ob diese Einrichtungsgegenstände nun vollständig der neuen IGS zur Verfügung stehen oder ob es Zeitverzögerungen gibt.

Herr Kogge sagte, dass alles bestellt wurde, jedoch einige Lieferzeiten länger dauern.

zu 9.11 Anfrage Herr Rumpold zu Perspektiven der Förderschulen

Herr Rumpold fragte nach den Perspektiven der Förderschulen in der Stadt Halle (Saale).

Herr Kogge sagte, dass sich die Perspektiven als positiv darstellen.

zu 9.12 Anfrage Herr Senger zu Sportschulen

Herr Senger fragte, ob der Verwaltung bekannt ist, dass das Land plane, die Sportschulen als Gesamtschulen zu führen. Sollte das nicht der Fall sein, bittet er um Prüfung und Nachfrage beim Landesschulamt.

Frau Dr. Radig sagte, dass lediglich die Verordnung zur Wahl der Stadt- und Kreiselternräte und des Stadt- und Kreisschülerrates bekannt ist, wo die Sportschule als Gesamtschule in die Rubrik der verschiedenen Schulen einsortiert ist. Eine offizielle Information liegt nicht vor.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Anregung Herr Schachtschneider zu Turnhallenzeiten

Herr Schachtschneider regte an, dass die Verwaltung bezüglich der Turnhallenzeiten noch einmal telefonisch in Kontakt mit der Montessori Schule tritt, um eine Klärung herbeizuführen. Vielleicht lassen sich Zeiten in der Turnhalle der Sekundarschule August-Hermann-Francke finden.

zu 10.2 Anregung Frau Ranft zu außerhalb des Stadthauses stattfindenden Sitzungen des Bildungsausschusses

Frau Ranft regte an, dass die Sitzung des Bildungsausschusses im Januar in der SEK August-Hermann-Francke-Schule stattfinden sollte und im April im Elisabethgymnasium.

Frau Dr. Bergner fragte nach, ob es einen konkreten Anlass gibt, diese Schulen zu besuchen.

Frau Ranft verwies auf die Umwandlung der SEK in Gemeinschaftsschule August-Hermann-Francke, zudem kommen die Schulen auf die Stadträte zu und bitten darum.

Herr Schachtschneider regte an, sich die Schulen anzuschauen, die bauliche Missstände aufweisen. **Herr Lange** und **Herr Senius** stimmten dem zu.

Frau Ranft sagte, sie sei offen für weitere Vorschläge für die Monate März und Mai.

Im Weiteren forderte sie die Ausschussmitglieder auf, weitere Vorschläge bis zur nächsten Sitzung zu fixieren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Ranft** beendete die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses.

Tobias Kogge
Beigeordneter

Melanie Ranft
Ausschussvorsitzende

Katrin Flint
stellvertretende Protokollführerin